

Frankreich

Opposition boykottiert Burka-Verbot

Ein gesetzliches Verbot „das Gesicht im öffentlichen Raum zu verbergen“ wird voraussichtlich nächsten Dienstag von der bürgerlichen Mehrheit der französischen Nationalversammlung beschlossen werden. Es gehe dabei nicht um Religion, sondern um das „Prinzip des Zusammenlebens und Gleichheit der Geschlechter“, betonte Justizministerin Michele Alliot-Marie zu Auftakt der Parlamentsdebatte: „Die Republik wird mit offenem Antlitz gelebt“,

De facto soll das Gesetz die radikal-islamische Gesichts-Verschleierung ahnden. Wer eine Burka außerhalb der Wohnung trägt, kann zu einer Geldstrafe von 150 Euro oder einem Staatsbürger-Kunde-Kurs verurteilt werden. Männern, die Frauen zur Verschleierung zwingen, drohen ein Jahr Haft und 30.000 Euro Strafe. Vor Anwendung des Gesetzes soll eine halbjährige „pädagogische“ Kampagne stattfinden.

Die sozialistische Opposition lehnt das Gesetz ab, wird aber nicht dagegen stimmen, sondern die Abstimmung boykottieren. Die SP wäre für ein stellenweises Verbot etwa in Ämtern zu haben gewesen, hält aber das komplette Verbot auf allen Plätzen für undurchführbar und verweist dabei auf grundrechtliche Einwände, die Frankreichs oberstes Verfassungsgremium bereits geäußert hat.

Außerdem befürchtet die SP eine Stimmungsmache gegen Muslime seitens der Regierung, um von den täglich schwereren Korruptionsvorwürfen gegen die Staatsführung um Präsident Sarkozy abzulenken. Einzelne linke Abgeordnete aus städtischen Randzonen warnen hingegen vor zunehmenden Konflikten, namentlich in Spitälern, mit Burka-Trägerinnen und ihren Begleitern, und wollen für das Gesetz stimmen.

DANNY LEDER, PARIS